	<p style="text-align: center;"><b>Stadt Laatzen</b> Rahmenvereinbarung über Leistungen zur Bereitstellung, Migration und zum Betrieb einer cloudbasierten offenen Geodateninfrastruktur B13 Erklärung gemäß NTVergG</p>	<p style="text-align: right;">Seite 1 von 3</p>
---	---	---

Stand: 01.01.2026

**Erklärung gem. Niedersächsisches Gesetz zur Sicherung von Tariftreue und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Bau- und Dienstleistungsaufträge (Nds. Tariftreue – und Vergabegesetz – NTVergG; gilt ab einem Auftragswert von 20.000 €)**


**Zu § 4 Abs. 1 NTVergG**

Diese Erklärung bezieht sich nur auf Leistungen zur Auftragsausführung, welche innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden. Sie wird im Auftragsfall Vertragsbestandteil. Die genannten Vorschriften gelten jeweils in der geltenden Fassung.

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Bau- oder Dienstleistungen

- meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (im Sinne des § 22 Mindestlohngesetzes (MiLoG) vom 11.08.2014 (BGBl. I S. 1348), mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (ab 01.01.2026: 13,90 Euro; ab 01.01.2027: 14,60 Euro) zu zahlen und
- meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von den Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG) erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
  - den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
  - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
  - der auf der Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
  - einem auf der Grundlage des § 5 des Tarifvertragsgesetzes für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Abs. 1 Nr. 1 sowie §§ 5 und 6 Abs. 2 des
  - AEntG.

Das Mindestentgelt erfasst nur solche Entgeltzahlungen, die zur Abgeltung der im Rahmen der Auftragsausführung erbrachten Arbeitsleistung regelmäßig zu zahlen sind. Nicht von dem Mindestentgelt erfasst sind vermögenswirksame Leistungen oder Sonderleistungen, die nicht mit der Arbeitsleistung in einem funktionalen Zusammenhang stehen. Auf die entsprechende Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes wird verwiesen, vgl. BAG, Urteil vom 18.04.2012 – 4 AZR 139/10; BAG E 109, 244).

	<p style="text-align: center;"><b>Stadt Laatzen</b> Rahmenvereinbarung über Leistungen zur Bereitstellung, Migration und zum Betrieb einer cloudbasierten offenen Geodateninfrastruktur B13 Erklärung gemäß NTVergG</p>	<p style="text-align: right;">Seite 2 von 3</p>
--	---	---

### **Hinweis zum Nachunternehmereinsatz/ Verleihunternehmen (§ 13)**

Soweit Nachunternehmen eingesetzt werden sollen, muss sich das Unternehmen verpflichten, den eingesetzten Nachunternehmen, die Erklärung zur Zahlung des Mindestentgelts (nach § 4 Abs. 1 NTVergG) abzuverlangen und dem öffentlichen Auftraggeber vorzulegen. Bei Bauaufträgen muss dem Nachunternehmer zusätzlich der Nachweis der vollständigen Entrichtung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung abverlangt und ebenfalls dem öffentlichen Auftraggeber vorgelegt werden (§ 8 Abs. 2). Diese Verpflichtungserklärungen können nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 S. 4, 5 i. V. m. § 8 Abs. 1 auch im Wege der Präqualifikation erworben werden.


Die Pflicht zur Zahlung des Mindestentgelts erstreckt sich auch auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Sinne des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung entliehen sind und bei der Ausführung der Leistung eingesetzt werden. Nachunternehmer im Sinne dieser Regelung sind in der Regel rechtlich selbständige Unternehmen, die von dem beauftragten Unternehmen zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung herangezogen werden, die in sich abgeschlossene Teilleistungen erbringen und deren Tätigkeiten nicht nur untergeordnete Hilfsdienste oder bloße Zulieferungen darstellen. Die Regelung des § 4 Abs. 8 VOB/ B bleibt unberührt.

### **Zu § 14 NTVergG (Kontrollen)**

Ich erkläre mich/ wir erklären uns bereit, dem Auftraggeber auf dessen Verlangen Einsicht in die Unterlagen, insbesondere Lohn- und Meldeunterlagen, Bücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen nehmen zu lassen, aus denen sich Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Beschäftigten ersichtlich sind, um die vergaberechtlichen Verpflichtungen des NTVergG zu überprüfen. Prüffähige Unterlagen sind bereit zu halten und auf Verlangen vorzulegen. Der Auftraggeber ist daneben berechtigt, ggf. weitere Maßnahmen zu treffen, insbesondere Baustellen, Leistungsorte und/ oder Geschäftsräume zu betreten und/ oder Beschäftigte zu befragen.

Dies gilt auch für beauftragte Nachunternehmen und Verleihunternehmen. Im Auftragsfall hat der Auftragnehmer nachzuweisen, dass er im Falle des Einsatzes von Nachunternehmen/ Verleihunternehmen diese auf diese Pflichten hingewiesen hat und vertragliche Vereinbarungen treffen wird. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm eingesetzten Nachunternehmen/ Verleihunternehmen, die für die Ausführung des Auftrags eingesetzt werden, seinerseits zu kontrollieren.

Die Beschäftigten des Auftragnehmers und die der Nachunternehmen/ Verleihunternehmen sind auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Mir/ und ist bekannt, dass die Umsetzung und Ausübung der Kontrollrechte nicht von der Einwilligung der Beschäftigten abhängt.

	<p style="text-align: center;"><b>Stadt Laatzen</b>  Rahmenvereinbarung über Leistungen  zur Bereitstellung, Migration und zum Betrieb  einer cloudbasierten offenen Geodateninfrastruktur  B13 Erklärung gemäß NTVergG</p>	<p style="text-align: right;">Seite 3 von 3</p>
---	---	---

### **Zu § 15 NTVergG (Sanktionen und Vertragsstrafe)**

Ich verpflichte mich/ wir verpflichten uns, für jeden schuldhaften Verstoß gegen die vorstehenden vertraglichen Verpflichtungen zu § 4 des NTVergG eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v. H. des Auftragswertes (netto), bei mehreren Verstößen bis zu 10 v. H. des Auftragswertes, - je nach pflichtgemäßem Ermessen des öffentlichen Auftraggebers - an den Auftraggeber zu zahlen. Diese Verpflichtung umfasst auch Verstöße des von mir eingesetzten Nachunternehmers/ Verleihunternehmens, soweit die Verstöße mir bekannt waren oder ich sie hätte kennen müssen. Ist die verwirkte Vertragsstrafe unverhältnismäßig hoch, so kann sie vom Auftraggeber auf meinen Antrag auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden.

Ich bin/ wir sind damit einverstanden, dass die Nichterfüllung der in § 4 des NTVergG genannten Anforderungen durch mich/ durch uns oder durch die von mir/uns eingesetzten Nachunternehmen/ Verleihunternehmen sowie grob fahrlässige oder mehrfache Verstöße gegen die Verpflichtungen des NTVergG den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigen. Ich werde/ wir werden die ggf. von mir eingesetzten Nachunternehmen/ Verleihunternehmen über die drohenden Sanktionen im Fall schuldhafter Verstöße gegen die vorgenannten Verpflichtungen informieren.

---

Unterschrift/ Firmenstempel